



Juli 2023

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in der Juli-Sitzung des HPR waren wir – unabhängig von den „normalen“ Beteiligungen des HPR im Rahmen des BPersVG – zu sehr interessanten und zukunftsweisenden Themen im Austausch mit der BA.

Am Mittwoch stand **Frau Dr. Katrin Krömer, Vorständin Ressourcen**, zu dem die Bereiche Personalmanagement, Organisationsentwicklung, Controlling, Infrastruktur und Einkauf zählen, für ein Gespräch mit dem HPR zur Verfügung. Sie berichtete, dass die Planungen zum Haushalt 2024 der BA in vollem Gange seien, mit den Akteuren des Verwaltungsrates und der Politik stehe man in einem intensiven Dialog. Es sei ein „spannender Prozess“, der gerade stattfinde.



Sie stellte darüber hinaus dar, dass das Thema Rekrutierungssituation in der BA eine Herausforderung sei, der man sich in einem „geordneten Umgang mit der Situation“ stellen müsse. Sowohl die Gewinnung einer ausreichenden Zahl geeigneter neuer Mitarbeitenden und Nachwuchskräfte, mittlerweile aber auch von Führungskräften, muss dauerhaft gelingen, gerade in Konkurrenz zu anderen attraktiven Arbeitgebern des öffentlichen Sektors. Mit Spannung erwarten die HPR-Mitglieder, wie konkret das Zukunftsprogramm des BA-Vorstandes diesen Herausforderungen begegnen will.

Die vbba Fraktion im HPR erwartet hierzu, dass eine präzise Analyse der (zu erwartenden) Personalsituation jetzt sowie in den kommenden Jahren erfolgt. Unabhängig von politisch erwarteten Einsparpotentialen darf ausschließlich der Erhalt der Leistungsfähigkeit bei der Leistungserbringung in allen Aufgabengebieten der BA die Handlungsmaxime sein.

Dabei dürfe es keine Denkverbote geben – vor allem angesichts der Tatsache, dass die BA etliche hoheitliche Aufgaben erbringt. Insbesondere im Fachkräftebereich verliert die BA viele qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber an andere öffentliche Verwaltungen, die (weiterhin) verbeamen.

Sehr deutlich wurde gegenüber Frau Dr. Krömer angesprochen, dass die **Bearbeitungszeiten bei der Beihilfe** (leider weiterhin) deutlich zu lang sind und oftmals von den veröffentlichten durchschnittlich 30 Arbeitstagen abweichen. Nachdem dieser Zustand nun bereits lange Zeit andauert, wird die Geduld und das Verständnis bei den Betroffenen immer geringer. Zumal zu erwarten ist, dass die Ferien in Bayern und die Vorbereitung der Übergabe an die Postbeamtenkrankenkasse wohl eher nicht zu einer Beschleunigung beitragen werden – im Gegenteil.

Die BA muss hier schnellstens gegensteuern und ihrer Fürsorgepflicht nachkommen.

vbba – Mit Vielfalt Zukunft gestalten





Die Planungen zum neuen „Zielbild Controlling“, dem neuen Zielsystem der BA, wurden dem HPR von **Frau Martina Musati (Geschäftsführerin Controlling/Finanzen)** vorgestellt. Das Controlling in der BA hat sich seit 2005 stetig weiterentwickelt, unterliegt dennoch (weiterhin) interner und auch externer Kritik. Stand heute hat es Stärken, es bestehen aber auch inhaltliche, organisatorische und kulturelle Herausforderungen. Darüber hinaus ergeben sich neue Herausforderungen aus der BA-Strategie. Ziel sei es nun, ein gesamtheitliches Controlling zu entwickeln, das Prozess- wie auch Ressourcenthemen in Zusammenarbeit mit dem Personalbereich der Zentrale begleiten werde. Controlling solle dazu dienen, die operativen Führungskräfte gezielter in der Fachlichkeit beraten zu können. Darüber hinaus soll das „Silodenken“ durch teilweise widersprüchliche Ziele überwunden werden. Das neue Zielbild war auch Thema auf dem „Controllertag“, an dem **Gabriele Schwerthfeger**, Sprecherin des Ausschuss Controlling, für den HPR teilgenommen hat. Unter Beteiligung der CF-Bereiche aus den Agenturen und RDn sollen in Arbeitskreisen die vier Schwerpunkte Prozesscontrolling, Ressourcencontrolling, Nachhaltigkeitscontrolling, Unternehmensplanung sowie die notwendige IT-Unterstützung inhaltlich weiter ausgearbeitet werden.

Ende Juni informierte das **Bundesarbeitsministeriums** von seinen Planungen, dass ab 2025 die Arbeitsagenturen die unter 25-jährigen Leistungsbezieher/innen des SGB II betreuen sollen. Dies vor dem Hintergrund, dass im Bundeshaushalt die Mittel für steuerfinanzierte Leistungen der Grundsicherung reduziert werden sollen. Im Vorstand der BA wird deutlich gesehen, mit wie vielen Details eine solche Änderung verbunden sein würde: von Personal über infrastrukturelle Aufgaben/Herausforderungen bis hin zur Änderung von kommunalen Sonderstrukturen oder Kooperationen in Jugendberufsagenturen, etc. – deshalb wurde eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet, wie **Dirk Strangfeld, Geschäftsführer POE** das Gremium informierte. Wir verstehen, dass bei einigen Kolleginnen und Kollegen deswegen Unsicherheiten aufkommen. Manchen örtlichen Aktionismus halten wir aber für übertrieben, da sich viele Fragestellungen derzeit noch gar nicht abschließend klären lassen.

Wir werden dieses Thema gewerkschaftlich eng begleiten. Siehe dazu auch [unser vbba aktuell](#).

Zur **Dienstvereinbarung Mobilarbeit** liegen die Ergebnisse der Befragung nun vor. Die Geschäftsführungen der einzelnen Dienststellen sollen im Dialog mit den örtlichen Gleichstellungsbeauftragten, Schwerbehindertenvertretungen und Personalräten die Ergebnisse ihrer Dienststellen auswerten und eventuelle Handlungsfelder thematisieren. Hier ist es erforderlich, sich insbesondere mit den Äußerungen von Kolleginnen und Kollegen in den Freitextfeldern zu befassen. Kritisch muss hinterfragt werden, ob es ggf. hausgemachte Probleme gibt, die in einer „eigenwilligen“ hausinternen Umgangsweise mit Regelungen der DV begründet sind.

Der HPR wird sich die nächsten Monate mit den bundesweiten Ergebnissen beschäftigen und prüfen, ob und welcher Handlungsbedarf im Hinblick auf eine Anpassung der DV Mobilarbeit besteht. Die HPR-Mitglieder greifen dazu auch gern Hinweise aus den Dienststellen zu überregionalen Problemstellungen für den weiteren Prozess auf.





Weitere Informationen aus der Juli-Sitzung

Flächeneinführung des Social Intranets in den Rechtskreisen SGB II, SGB III und Familienkasse

Das „Social Intranet“ wird zukünftig die neue Informations- und Kommunikationsplattform für die Beschäftigten der BA sein. Nach einer mehrmonatigen Testung mit vielen hundert KollegInnen steht die Flächeneinführung nun bevor.

In einem ersten Schritt werden eine neue individuelle Oberfläche, eine Möglichkeit zur Kommunikation in sogenannten Communitys und weitere Funktionalitäten freigeschaltet. Informationen, wie zum Beispiel fachliche Weisungen, werden im „Social Intranet“ vorerst verlinkt und in der bekannten Form dargestellt.

Hintergrund ist hier, dass die Daten des bisherigen Intranets auf die neue Plattform „umziehen“ müssen – Zeitpunkt noch offen. Nach unserer aktuellen Kenntnis wird dies nicht automatisiert erfolgen. Vielmehr werden die regionalen Webautoren stark eingebunden werden. **Wir erwarten, dass diese Kolleginnen und Kollegen für die aufwendige Tätigkeit freigestellt werden.**

Weisung Digitale Dienstkarte (dDk)

Die abgelaufene Weisung 21.08.2017 zur digitalen Dienstkarte musste fortgeschrieben und durch eine unbefristete Weisung ersetzt werden.

Die Nutzung der Zertifikate der dDk ist grundsätzlich auf dienstliche Aufgaben beschränkt. Ausschließlich das qualifizierte Signaturzertifikat kann darüber hinaus nunmehr auch zur Erstellung qualifiziert signierter Dokumente – unter Verwendung ausschließlich privater Hard- und Software – in der außerdienstlichen elektronischen Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung genutzt werden, so lange das zugrundeliegende Dienstverhältnis besteht. Die außerdienstliche Nutzung ist von nutzenden Personen unter der Maßgabe § 8, Abs. 2 und 3 EStG als geldwerter Vorteil in Höhe von jährlich 49,80 € dem Internen Service Personal formlos anzuzeigen.

Die Regelungen haben lediglich im Rechtskreis SGB III Weisungscharakter und gelten nur für BA-Beschäftigte. Die gemeinsamen Einrichtungen können diese Dienstleistung aus dem Service Portfolio der BA einkaufen.

Handbuch Personalrecht / Gremien (HPG): Abschnitt 8 Schwerbehindertenrecht

Der HPG-Abschnitt 8 - Schwerbehindertenrecht wurde geändert. Dabei wurden u.a. die Bezüge zum BPersVG aufgrund der Novellierung 2021 angepasst sowie inhaltliche Änderungen vorgenommen (Zusatzurlaub, SbV-Wahl, Anrechnung auf Pflichtplatz). Auch der Abschnitt zur Arbeitsplatzausstattung und Beantragung von Fördermitteln wurde überarbeitet. Ab dem Jahr 2024 entfällt – auf Initiative der HSbV – das Verfahren zur Feststellung und Berücksichtigung einer behinderungsbedingten Leistungsminderung im Kennzahlensystem der BA.





Überprüfung Bearbeitungsqualität Arbeitslosengeld

Der Bundesrechnungshof und die Interne Revision haben in ihren Prüfungen im Jahr 2022 festgestellt, dass die Gewährung von Arbeitslosengeld eine hohe Fehleranfälligkeit, insbesondere bei der Bemessung, aufweist. Der BRH sieht die Fehlerquote als kritisch an. Die Selbstverwaltung der BA hält deshalb eine – über die bisherigen Maßnahmen hinausgehende – Qualitätssicherung für erforderlich.

Die komplette Antragsentscheidung von monatlich 10 Fällen wird daher nun für die Dauer von 9 Monaten anhand eines detaillierten einheitlichen Fragebogens überprüft. In den OS sind fachaufsichtliche Fallprüfungen bereits Teil der originären Führungsaufgaben und verursachen somit keinen Mehraufwand. Die Prüfergebnisse werden von den OS-AlgPlus-Teams über die IT-Kleinlösung UFa (Unterstützung der Fachaufsicht) strukturiert erfasst und für ein Qualitätsmonitoring genutzt. Die Prüfergebnisse werden auf OS-Ebene zusammengeführt. Anschließend aggregieren die RD die OS-Prüfergebnisse für ihre Region und stellen diese der Zentrale zur Verfügung.

Im Rahmen dieser fachaufsichtlichen Maßnahme werden **keine** Kunden- und Mitarbeiterdaten erhoben.

Abschaltung der automatisierten Erstellung von Kunden-Online-Accounts

Mit der neuen Programmversion am 17.07.23 erfolgt die Abschaltung der automatisierten Anlage von Kunden-Online-Accounts. Bei Bedarf können diese allerdings weiterhin manuell erstellt werden. Es fällt also zunächst ein zusätzlicher Arbeitsschritt in Form eines manuellen Anstoßes der Accountanlage an. Allerdings nur dann, wenn der Kunde oder die Kundin das wünscht.

Es wird erwartet, dass in Summe die Entlastung um die derzeit notwendige Bereinigung von ca. 10.000 Dubletten pro Woche größer ist als diese zusätzlichen Klicks zur Accountanlage. Zudem können in diesem ersten Schritt ca. 10 bis 12 Millionen ungenutzter Accounts gelöscht werden.

Zur Programmversion 24.01 (im März 2024) wird eine weitergehende Lösung mit Anbindung an bundesweite Verfahren vorgelegt werden. Bis dahin gilt diese Übergangslösung.

Abbildung des Innovationsmanagements der Personalarbeit der BA in der IDEENBOX

Mit der Software IDEENBOX wird in der BA über das Vorschlagswesen „creativ“ hinaus seit 18.10.2022 die Kampagne „Change it!“ betrieben. Über diese „Mitmachplattform“ können die Beschäftigten ihre Veränderungsbedarfe und -ideen zur Personalarbeit transportieren und die Beiträge anderer Beschäftigter durch Kommentare oder Bewertung unterstützen. Darüber hinaus können über „Change it!“ Meinungen der Beschäftigten zu Themen und Ideen eingeholt werden.

Es ist nunmehr beabsichtigt, in der IDEENBOX zusätzlich den an „Change it!“ anschließenden Innovationsprozess transparent in diesem IT-Tool abzubilden und so die Bearbeitung der beiden Elemente „Change it!“ und Innovationsprozess zusammenzuführen und wesentlich zu erleichtern. Dafür wird in der IDEENBOX im Wesentlichen das Softwaremodul Innovationsmanagement, ein neuer Ideentyp ...





... „Innovationsthema“, ein nur zu diesem Ideentyp gehörender Workflow sowie die Rollen Innovationsmanager*in und Innovationsmoderator*in eingeführt.

Weitere Informationen im Intranet: <https://www.baintranet.de/005/015/004/001/Seiten/IDEENBOX.aspx>

Anbindung eines elektronischen Marktplatzes „Unite“ für Direktaufträge der RIM-Organisation

Aktuell werden nur Beschaffungen aus Rahmenverträgen über einen Katalog in PeP SRM technisch unterstützt und innerhalb des Systems abgewickelt. Direktaufträge bis 1.000 € netto außerhalb der Rahmenverträge werden von den RIM als Vor-Ort-Käufe oder über Onlinekäufe getätigt und müssen anschließend in PeP SRM händisch nacherfasst werden.

Ziel ist es nun, den RIM als beschaffenden Einheiten durch die Anbindung der Plattform der Unite Services GmbH & Co. KG die Möglichkeit zu verschaffen, innovativ und effizient Direktaufträge digital und End-to-End für die alltäglichen Gebrauchsgegenstände im Arbeitsumfeld zu erteilen, die nicht über bestehende Rahmenverträge bestellt werden können. Bestellungen erfolgen quasi analog Internetkäufen im privaten Umfeld.

Es wird somit eine zusätzliche Bestellmöglichkeit geschaffen, alle bisherigen Bestellvarianten stehen den RIM als beschaffenden Einheiten weiterhin zur Verfügung. Im Rahmen der Flächeneinführung erfolgen systematische Einweisungen in den RIM-Verbänden. Zudem wird eine Arbeitshilfe und FAQ zur Verfügung gestellt. Sechs Monate nach erfolgter Flächeneinführung ist ein erstes Review vorgesehen.

Erweiterung und Optimierung des bestehenden SAP-Bestellprozesses durch die Einkaufswagen-Direktbestellung – Rollout in den RIM-Arbeitsplatzservices

Mit Einführung der Einkaufswagen-Direktbestellung erhalten die RIM-Arbeitsplatzservices die Möglichkeit, die Bestellanlage durchgängig mit elektronischer Unterstützung in SAP durchzuführen. Hiermit werden die Voraussetzungen für den Eingang von elektronischen Rechnungen mit Bestellbezug geschaffen; diese werden zentral sowie IT-gestützt durch die zentrale Rechnungsbearbeitungsstelle (zRBSt) bearbeitet.

Die Einführung der Einkaufswagen-Direktbestellung begann zunächst mit einer Pilotierung und wird ab Juli 2023 bundesweit in Tranchen im Bereich RIM-Arbeitsplatzservice eingeführt. Der neue Prozess zielt darauf ab, dass – nach erfolgter Einweisung und Umstellungsphase – im RIM eine Arbeitserleichterung zu verzeichnen ist, auch im Hinblick auf die Arbeit im Homeoffice. Die Rechnungsbearbeitung bei Bestellungen mit elektronischem Bestellbezug wird zur zRBSt verlagert.

Die betroffenen RIM-Beschäftigten werden durch zentrale Qualifizierungsangebote, sowie bereitgestellte Arbeitshilfen in die neue Prozesslogik und Programmabläufe eingeführt. Der Rollout findet in Tranchen von jeweils 4-5 RIM-Einheiten statt, damit der initiale Mehraufwand aufgrund von Eingewöhnungseffekten für alle betroffenen Organisationseinheiten leistbar ist. Die erste Tranche startet am 17.07.2023, weitere am 04.09.2023 und 16.10.2023.





Neue Benutzeroberfläche für das Dienststelleninformationsportal (DIP)

Das DIP bekommt eine neue, zeitgemäße und benutzerfreundlichere Oberfläche. Alle bekannten Funktionalitäten bleiben erhalten und es kommen ausgewählte neue Funktionen dazu, die den Anwenderinnen und Anwendern ihre tägliche Arbeit erleichtern.

Neu dazu kommen:

- Autovervollständigung bei der Eingabe von Suchparametern
- Suche nach Hauptsitzen und Auslagerungen der Agenturen für Arbeit und deren Geschäftsstellen
- Anzeige der Standorte von Agenturen für Arbeit und Jobcentern auf der Suchergebnisseite
- Anzeige von Information zu Besucherverkehr auf der Suchergebnisseite von Standorten
- Filterung der Suchergebnisse im Hinblick auf Standorte mit und ohne Besuchbarkeit

Die neue Benutzeroberfläche von DIP steht ab der Programmversion P32 (17.07.2023) zur Verfügung. Der Aufruf der neuen Benutzeroberfläche von DIP erfolgt wie bisher über BA-Intranet » Arbeitsmittel » Dienststellen der BA.

Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen sowie ihren Familien eine schöne Urlaubszeit – gute Erholung und gesunde Rückkehr



vbba – Mit Vielfalt Zukunft gestalten





Die vbba im Hauptpersonalrat der BA



Gabriele Schwerthfeger



Sören Deglow



Heidrun Osang



Steffen Grabe



Susanne Oppermann



Annette von Brauchitsch-Lavaulx



Christian Löschner



Sarah-Saskia Hinz



Jürgen Blischke



Karin Schneider



Agnes Ranke

HPR-Vorstand

Christian Löschner (Stellv. HPR-Vorsitzender)

Ausschuss 1

 Arbeitnehmer und Beamtenangelegenheiten (inkl. Reisemanagement und Beihilfe);
 Personalhaushalt und Personalbedarfsermittlung;
 Gremienrecht (BPersVG, HPG, Stufenverfahren);
 Koordination ERP-Personal

 Steffen Grabe (Stellv. Sprecher)
 Heidrun Osang, Jürgen Blischke,
 Annette von Brauchitsch-Lavaulx

Ausschuss 2

 Personalentwicklung und -fürsorge (Vereinbarkeit Beruf, Familie und Privatleben, BEM, BGM);
 Aus- und Fortbildung

 Steffen Grabe, Karin Schneider,
 Susanne Oppermann, Agnes Ranke

Ausschuss 3

Markt und Integration (incl. LBB)

Sarah-Saskia Hinz, Sören Deglow, Susanne Oppermann

Ausschuss 4

Operativer Service; Kundenportal; Familienkasse

 Heidrun Osang (Stellv. Sprecherin),
 Gabriele Schwerthfeger,
 Annette von Brauchitsch-Lavaulx

Ausschuss 5

 Controlling und Finanzen (inkl. Inkasso und BNS);
 Koordination ERP-Finanzen

 Gabriele Schwerthfeger (Sprecherin)
 Sarah-Saskia Hinz, Karin Schneider

Ausschuss 6

Allgemeine IT-Angelegenheiten und Infrastruktur

Sören Deglow, Jürgen Blischke, Agnes Ranke

vbba – Mit Vielfalt Zukunft gestalten
